

Fragen

für die Fragestunde der 87. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 1. März 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	18, 19	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	15, 27
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26	Leikert, Katja, Dr. (CDU/CSU)	8, 9
Brandner, Stephan (AfD)	4, 5	Mayer (Altötting), Stephan (CDU/CSU)	29, 46
Breher, Silvia (CDU/CSU)	2, 3	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 20
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	28, 45	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	23, 24
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	39, 49	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	47, 48
Edelhäuser, Ralph (CDU/CSU)	11, 12	Reichinnek, Heidi (DIE LINKE.)	16, 17
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	50, 51	Renner, Martina (DIE LINKE.)	32, 33
Görke, Christian (DIE LINKE.)	31, 40	Schattner, Bernd (AfD)	21, 52
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	37, 38	Spahn, Jens (CDU/CSU)	35, 36
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	43, 44	Tebroke, Hermann-Josef, Dr. (CDU/CSU)	13, 14
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	30, 42	Timmermann-Fechter, Astrid (CDU/CSU)	10
Kleinwächter, Norbert (AfD)	34	Vries, Christoph de (CDU/CSU)	22, 41
		Wulf, Mareike Lotte (CDU/CSU)	6, 7

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und Bundeskanzleramts	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Wird die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund der Erkenntnisse, die auf der gemeinsamen Studie mit dem Bundesminister für Gesundheit betreffend „psychosoziale Folgen der Pandemie auf junge Menschen“ fußen, ihrerseits konkrete kurzfristige Maßnahmen einleiten, um die Folgen für Jugendliche und junge Erwachsene abzumildern, und wenn ja, welche (vgl. www.handelsblatt.com/dpa/kabinett-beraet-ueber-gesundheit-von-kindern-und-jugendlichen/28969518.html, zuletzt abgerufen am 8. Februar 2023)?
2. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung in Bezug auf die Verausgabung der auf der Grundlage des Investitionsprogramms zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder bereits bewilligten Bundesmittel zu einer Fristverlängerung über den 31. Dezember 2022 hinaus?
3. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU)

Wann wird das im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vorgesehene weitere Investitionsprogramm zum weiteren Ausbau von Kita-Plätzen aufgelegt?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie wurde der Bedarf in der Bevölkerung nach dem neu geschaffenen Amt des Queer-Beauftragten der Bundesregierung ermittelt, und wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Anteil an Personen an der deutschen Gesamtbevölkerung, für deren Interessen sich der Queer-Beauftragte einsetzen soll?
5. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Liegen der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Studien über die psychologischen Auswirkungen auf Kinder vor, die zwei Mütter haben, und wenn ja, um welche Studien handelt es sich hierbei?
6. Abgeordnete
**Mareike Lotte
Wulf**
(CDU/CSU)

Was sind die maßgeblichen Themen, die im Rahmen der laufenden Ressortabstimmungen zum Selbstbestimmungsgesetz problematisch sind, welche Eckpunkte werden zwischen den beteiligten Bundesministerien kontrovers diskutiert (bitte unter Angabe eines Zeitplanes auflisten)?

7. Abgeordnete
Mareike Lotte Wulf
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen plant das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), um die ukrainischen Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, insbesondere vor dem Hintergrund von oftmals erforderlichen Anerkennungsverfahren, Anpassungsqualifizierungen und Spracherwerb, und wie beurteilt das BMFSFJ die Einführung eines beschleunigten Verfahrens zur Anerkennung von Abschlüssen ukrainischer Fachkräfte?
8. Abgeordnete
Dr. Katja Leikert
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zum sogenannten Nordischen Modell, wie es beispielsweise in Frankreich, Schweden und Norwegen umgesetzt wird, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um bereits vor der Veröffentlichung der Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes im Juli 2025, die Missstände im Bereich Prostitution und dem damit verbundenen Menschenhandel zu bekämpfen?
9. Abgeordnete
Dr. Katja Leikert
(CDU/CSU)
- Mit welchen Kriterien an die Antragsteller stellt die Bundesregierung sicher, dass es nicht zu inhaltlichen Dopplungen bei Bewilligungen im Rahmen des Bundesprogramms „Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ und im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ kommt, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, damit die förderfähigen Zwecke nicht ineinander überlaufen und ein Projekt durch beide Bundesförderungen gefördert wird?
10. Abgeordnete
Astrid Timmermann-Fechter
(CDU/CSU)
- Wann ist konkret mit der im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigten und von der Bundesministerin Lisa Paus am 25. Januar 2023 im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages als eines der prioritären Vorhaben bezeichneten Weiterentwicklung des Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu rechnen, und mit welchen Kosten rechnet die Bundesregierung bei der laut Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP ebenfalls geplanten Einführung einer Lohnersatzleistung im Falle pflegebedingter Auszeiten (sog. Familienpflegegeld)?
11. Abgeordneter
Ralph Edelhäußer
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung im Rahmen des Demokratiefördergesetzes den Zuwendungsempfängern ein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung in Form einer Demokratieklausel abzuverlangen, und wie begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung?

12. Abgeordneter
Ralph Edelhäuser
(CDU/CSU)
- Inwiefern ist es unserer Demokratie zuträglich, wenn die Bundesregierung mit Förderrichtlinien außerhalb des parlamentarischen Einflusses darüber entscheidet, welches Phänomen demokratiegefährdend ist, und welche zivilgesellschaftlichen Organisationen mit staatlichen Mitteln gefördert werden sollen?
13. Abgeordneter
Dr. Hermann-Josef Tebroke
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung eine Evaluation der Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung sowie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, nachdem finanzielle und personelle Mittel im Haushalt sich im Vergleich zum vergangenen Jahr nach meiner Auffassung massiv erhöht haben, und wenn nein, was sind die Gründe warum keine Kosten-Nutzen-Analyse der gestiegenen Aufwendungen aus Steuermitteln geplant ist?
14. Abgeordneter
Dr. Hermann-Josef Tebroke
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen ist es aus Sicht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vertretbar, dass aus Geldern des Bundes über die Amadeu-Antonio-Stiftung, die von einer ehemaligen Informellen Mitarbeiterin der DDR-Stasi gegründet wurde, eine Meldestelle gegen sog. Antifeminismus ins Leben gerufen wurde?
15. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Meldungen bei der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dessen Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ finanzierten „Meldestelle Antifeminismus“ der Amadeu-Antonio-Stiftung zusammen mit den personenbezogenen Daten des Meldenden und des Gemeldeten gespeichert, und wie definiert die Bundesregierung Antifeminismus (www.cicero.de/innenpolitik/meldestelle-antifeminismus-lisa-paus-und-ihr-petz-portal?etcc_cmp=230219_1138&etcc_med=Push)?
16. Abgeordnete
Heidi Reichinnek
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Sachstand zur Auflage des im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbarten Investitionsprogramms „Zum weiteren Ausbau von Kita-Plätzen“, und welches finanzielle Volumen an Bundesmitteln stehen dafür bereit?

17. Abgeordnete
Heidi Reichinnek
(DIE LINKE.)
- Was sind die Ergebnisse der Länderbefragung zum Thema Gehsteigbelästigung, die vom Bundesfamilienministerium durchgeführt wurde, und wie begründet die Bundesregierung, dass der Gesetzentwurf nun doch auf Bundesebene vorgelegt werden soll (www.tagesschau.de/inland/schwangerenberatung-paus-101.html), nachdem mir im September 2022 noch mitgeteilt wurde, dass dies auf Landesebene geregelt werden müsse?
18. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wird die Bundesregierung der Empfehlung, das Verhältnis von freien Trägern und staatlichen Stellen in einem Gesetz zu regeln und sich dabei an den Regelungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch (Kinder- und Jugendhilfegesetz) zu orientieren, wie sie etwa der Bundesverband Mobile Beratung e. V. (BMB) formuliert hat (vgl. www.bmfsfj.de/resource/blob/207790/55d25e33c8d68f395a9230aa2ce4608b/bundesverband-mobileberatung-data.pdf), folgen und eine entsprechende Regelung in das Demokratiefördergesetz aufnehmen?
19. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Inwiefern wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die von der AfD über die Union bis hin zu Teilen der FDP geforderte Neuauflage der sogenannten Extremismus-Klausel (vgl. www.faz.net/aktuell/politik/inland/demokratiefoerderungsgesetz-scheitert-faesser-an-der-fdp-18534316.html; www.nd-aktuell.de/artikel/1169352.demokratiefoerderungsgesetz-zivilgesellschaft-staerken.html) sich nicht im Gesetz wiederfinden wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

20. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Sieht der Bundesminister für Gesundheit konkreten gesetzgeberischen Handlungsbedarf mit dem Zweck, ein etwaiges Verbot bzw. eine Einschränkung der Präsentation alkoholhaltiger Getränke in Kassenbereichen zu bewirken, wenn er davon spricht, dass Menschen mit einer Alkoholkrankheit derzeit gezielt gefährdet würden, und wie bewertet er in diesem Lichte das entsprechende Angebot sonstiger Waren mit Suchtpotenzial (vgl. www.berliner-zeitung.de/news/alkohol-karl-lauterbach-alarmiert-schnaps-soll-von-der-supermarktas-versehwinden-li.314793, zuletzt abgerufen am 7. Februar 2023)?

21. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, wie hoch der Selbstversorgungsgrad mit Medikamenten in Deutschland momentan ist?
22. Abgeordneter
Christoph de Vries
(CDU/CSU) Plant die Bundesregierung, Kinderschutzkoordinatoren in Kinderkliniken flächendeckend im Gesundheitssystem zu verankern und eine bundesweite Finanzierung des medizinischen Kinderschutzes über die Regelsysteme zu gewährleisten?
23. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU) Wie oft wurde die Gebührenordnungsposition 01480 des einheitlichen Bewertungsmaßstabes nach Kenntnissen der Bundesregierung seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende zum 1. März 2022 bis heute (Stand: 1. März 2023) von Haus- sowie Kinder- und Jugendärzten bundesweit abgerechnet (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und welchen Indikator sieht die Bundesregierung mit Blick auf diese Zahlen für die Umsetzung des Gesetzes?
24. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU) Auf welchen Fakten basiert die in der ZDF-Sendung „Markus Lanz“ vom 9. Februar 2023 getätigte Aussage des Bundesministers für Gesundheit, Dr. Karl Lauterbach, dass ohne die Corona-Maßnahmen „in Deutschland ungefähr eine Million Menschen gestorben“ wären (vgl. www.bild.de/politik/inland/politik-inland/lauterbach-irrsinn-seine-mitarbeiter-muessen-weiter-maske-tragen-82852444.bild.html)?
25. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung für die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auf S. 86 vereinbarte Reform der psychotherapeutischen Bedarfsplanung angesichts der Tatsache, dass die Nachfrage nach Therapieplätzen seit Beginn der Pandemie bei Kindern- und Jugendlichen um 60 Prozent gestiegen ist und die durchschnittliche Wartezeit bei ungefähr fünf Monaten liegt, um diese Wartezeiten zu verringern, und wie sieht der konkrete Zeitplan hierfür aus (www.zdf.de/naechrichten/panorama/psychotherapie-bedarf-anstieg-warteplaetze-100.html)?

26. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung hinsichtlich der Schaffung eines „deutschlandweiten Netzwerks von Kompetenzzentren und interdisziplinärer Ambulanzen“ (Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, S. 83) zur weiteren Erforschung und Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung rund um die Langzeitfolgen von COVID-19 sowie für das chronische Fatigue-Syndrom (ME/CFS), wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, und wann soll dieses Netzwerk konkret errichtet werden?
27. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welchen finanziellen Mehraufwand im Gesundheitswesen erwartet die Bundesregierung durch die geplante Legalisierung von Cannabis (<https://www.tagesschau.de/wissen/cannabis-legalisierung-medizin-103.html>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

28. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Auf welche Daten stützt sich die Einschätzung der Bundesregierung bzw. des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV), vor dem Hintergrund, dass – nach meiner Kenntnis hinsichtlich der geplanten Änderung der Schiffssicherheitsverordnung – die zivile Seenotrettung ein erhöhtes Risikoprofil aufweise (bitte möglichst konkret beantworten und z. B. entsprechende Unfallstatistiken darstellen, falls vorhanden, oder eventuelle abstrakte Vergleiche des Risikopotentials unterschiedlicher Einsatzprofile erläutern), und inwiefern würde das angenommene erhöhte Risikoprofil der zivilen Seenotrettung nach Kenntnis und Einschätzung des BMDV durch ein Schiffssicherheitszeugnis verringert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

29. Abgeordneter
**Stephan
Mayer (Altötting)**
(CDU/CSU)
- Inwiefern sind die deutschen Industrieunternehmen, welche per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) produzieren, in die Bestrebungen der aktuellen Bundesregierung zu einer Beschränkung oder gar einem Verbot von PFAS in der Europäischen Union (EU) mit eingebunden worden, und wie vereinbart die Bundesregierung dies mit dem Umweltschutz, wenn ein Produktionsverbot im bereits stark regulierten und kontrollierten Deutschland und in der Europäischen Union nur eine Verlagerung von Anlagen ins EU-Ausland zur Folge hat, wo sie unkontrolliert und damit weit stärker umweltbelastend produzieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

30. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wird das geplante Startchancen-Programm erst in der zweiten Hälfte 2024 umgesetzt, so wie es die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger plant (siehe Bundestagsdrucksache 20/5596), oder bereits in diesem Jahr, wie unter anderem von der SPD-Parteivorsitzenden Saskia Esken (www.saskiaesken.de/aktuelle-artikel/rede-zur-eroeffnung-des-debattenkonvents-2022) oder von der SPD-Bundestagsfraktion (www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-raus-aus-krise-modus-junge-menschen-familien-stark-machen.pdf) gefordert?
31. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Mannstunden wurden bisher im Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie in der Bundesverwaltung auf die Erarbeitung und Erfüllung des Studierenden-Energiepreispauschalengesetzes insgesamt verwendet (sofern konkrete Zahlen nicht vorliegen, wird um Näherungswerte gebeten), und wie hoch wird der damit verbundene finanzielle Aufwand für das Jahr 2023 insgesamt sein, der dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie der Bundesverwaltung mit diesem Gesetz entsteht?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
Bundeskanzleramts**

32. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Straf- und Disziplinarverfahren wurden seit 2022 nach Kenntnis der Bundesregierung gegen Angehörige des Bundesnachrichtendienstes geführt, die in Beziehung zu rassistischen, antisemitischen, sexistischen, homophoben oder sonstigen menschenfeindlichen bzw. verfassungsfeindlichen Äußerungen oder Handlungen standen (bitte unter Angabe des Vorwurfes sowie des Zeitraums beantworten)?
33. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Inlandsflüge wurden in den Jahren seit 2010 mit dem Jet des Bundesnachrichtendienstes unternommen, und welche Kosten fielen für den Jet in diesem Zeitraum an (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Klimaschutz**

34. Abgeordneter
Norbert Kleinwächter
(AfD)
- Welche „wirksamen, verhältnismäßigen und abschreckenden“ Sanktionen und welche Überwachungsmechanismen stellt sich die Bundesregierung vor, um den Verfügungen der letzten Kompromiss-Fassung des Richtlinienentwurfs über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden künftig nachzukommen (siehe Tenor des Entwurfs: „Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um die Umsetzung der [...] Mindestvorgaben für die Gesamtenergieeffizienz sicherzustellen, einschließlich geeigneter Überwachungsmechanismen und Sanktionen [...]. Die Mitgliedstaaten legen fest, welche Sanktionen bei einem Verstoß gegen die innerstaatlichen Vorschriften zur Umsetzung dieser Richtlinie zu verhängen sind, und ergreifen die zu deren Durchsetzung erforderlichen Maßnahmen. Die Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.“)?

35. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft erwartet die Bundesregierung vor dem Hintergrund des US-Gesetzentwurfs für eine nach außen gerichtete Investitionskontrolle, die insbesondere auf Direktinvestitionen von Unternehmen in China und Joint Ventures abzielt, und gibt es Überlegungen zu einem vergleichbaren Gesetz in Deutschland bzw. in Europa?
36. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Berechnungen, wie viel günstiger die Energiepreisbremsen für Strom und Gas gegenüber den geplanten rund 83 Mrd. Euro (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/lin-dner-plant-2023-fuer-energiepreisbremsen-83-mil-liarden-euro-ein-18441995.html) durch die gesunkenen Marktpreise werden, und zu welchem Ergebnis kommen diese Berechnungen?
37. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Welche Kraftwerke (bitte nach Bundesländern und Energieträgern aufschlüsseln) sind seit dem Inkrafttreten des Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetzes (EKBG) im Juli 2022 mit welcher Leistung (bitte für jedes Kraftwerk einzeln angeben) wieder ans Netz gegangen?
38. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Welche besonderen netztechnischen Betriebsmittel (bitte die Reservekraftwerke und ihre Leistung einzeln angeben) stehen zur Gewährleistung der Netzstabilität in Süddeutschland im Winter 2023/2024 zur Verfügung und ab wann (bitte für jedes Kraftwerk einzeln angeben)?
39. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung seit 2010 bis zum aktuellen Stichtag Reexportgenehmigungen für Streumunition für das Empfängerland Ukraine erteilt (bitte entsprechend den Jahren unter Angabe des Landes, das den Reexport beantragt hat, und des Wertes auflisten; für 2023 bitte die vorläufigen Zahlen angeben), und welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung darüber, ob andere NATO-Staaten neben der Türkei bereits Streumunition an die Ukraine geliefert haben (<https://foreignpolicy.com/2023/01/10/turkey-cold-war-cluster-bombs-ukraine/>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

40. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie viele auf der EU-Sanktionsliste stehende Oligarchen sind bisher der Anzeigepflicht aus dem Sanktionsdurchsetzungsgesetz I nachgekommen (bitte unter Angabe der angezeigten Vermögenshöhe auflisten), und wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Summe der bisher in Deutschland eingefrorenen Vermögenswerte aller sanktionierten Oligarchen seit den letzten sechs Monaten entwickelt (bitte monatlich nach Geldvermögen, Betriebsvermögen und Sachvermögen differenziert tabellarisch auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

41. Abgeordneter
Christoph de Vries
(CDU/CSU)
- Wann ist mit einer einheitlichen Position der Bundesregierung zum Vorschlag der EU-Kommission zur Vorbeugung und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs an Kindern im Internet zu rechnen, und welche Schwerpunkte wird die Bundesregierung dabei setzen?
42. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Nutzer hat das Nutzerkonto Bund (<https://id.bund.de/de/eservice/konto>) aktuell, und wie sieht die Altersverteilung der Nutzer aus?
43. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern verfügt die Bundespolizei inzwischen über eigene verdeckte Ermittler, was bis zum Vorhandensein eigener Fähigkeiten im Wege der Amtshilfe durch das Bundeskriminalamt übernommen werden sollte (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/9931), und in welchen Deliktsbereichen werden diese vorwiegend eingesetzt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

44. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Besteht nach Einschätzung der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Resolution 2664 (2022) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Anpassungsbedarf für Sanktionsregime der Europäischen Union (bitte ggf. einzelne Sanktionsregime benennen), da humanitäre Ausnahmeregelungen nach meiner Auffassung bisher entsprechend der Resolution nicht ausreichend sind, und wenn ja, wie setzt sich die Bundesregierung aktiv dafür ein?
45. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Welche aktuellen quantitativen Angaben kann die Bundesregierung machen zu den bisherigen Erfahrungen mit den versprochenen Einreiseerleichterungen für Erdbebenopfer aus der Türkei und Syrien (etwa zur Zahl der Visumanträge und -erteilungen an türkische und syrische Staatsangehörige, differenziert nach Visastellen, zu eventuellen Bearbeitungszeiten usw.), und wie wird die Bundesregierung, auch angesichts dieser Zahlen, gegebenenfalls auf Kritik an der beschlossenen Regelung reagieren (etwa von der Türkischen Gemeinde in Deutschland oder von Seebrücke, siehe dpa-Meldungen vom 20. Februar 2023), insbesondere was die Anforderung einer Reisekrankenversicherung anbelangt (die nach meiner Einschätzung nicht oder kaum finanzierbar sein dürfte, wenn es um verletzte oder ältere Menschen geht) oder die zwingende Vorlage eines Reisepasses, weil die diesbezügliche Rechtfertigung der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser, sie sei „für die Sicherheit in Deutschland verantwortlich“ (www.tagesschau.de, „Zwischen Schutt und Visa-Frust“, 22. Februar 2023), nach meiner Auffassung fälschlich suggeriert, mit der Aufnahme von Verwandten aus dem Erdbebengebiet wären Sicherheitsgefährdungen verbunden (bitte ausführen und begründen)?
46. Abgeordneter
Stephan Mayer (Altötting)
(CDU/CSU)
- Gibt es einen Vermerk aus dem Auswärtigen Amt, aus dem hervorgeht, dass die Bundesministerin Annalena Baerbock persönlich verfügt hat, bei der Visaerteilung an afghanische Staatsangehörige im Rahmen des Sonderaufnahmeprogramms für afghanische Staatsangehörige hinsichtlich der erforderlichen Sicherheitsüberprüfung möglichst großzügig zu sein, und wie rechtfertigt die Bundesregierung diese Handhabung vor dem Hintergrund der essentiellen Bedeutung der Sicherheitsüberprüfung für die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland, um beispielsweise die Einreise von potentiellen islamistischen Extremisten oder Terroristen zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

47. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie viele Sitzungssäle gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in deutschen Gerichten, und wie viele dieser Sitzungssäle sind nach ihrer Kenntnis mit Videokonferenztechnik ausgestattet, die erstens eine Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung bzw. eine Videoverhandlung und zweitens eine Aufzeichnung der Verhandlung in Bild und Ton ermöglicht (bitte jeweils nach erstens und zweitens sowie nach Bundesgerichten bzw. nach Bundesländern aufschlüsseln)?
48. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie viele Planstellen des Nationalen Normenkontrollrats insgesamt und wie viele der im Haushalt des Bundesministeriums der Justiz für das Jahr 2022 vorgesehenen vier Planstellen für die Durchführung des Digitalchecks (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 69 auf Bundestagsdrucksache 20/4277) sind aktuell besetzt bzw. unbesetzt (bitte nach Qualifikation/Berufsbild aufschlüsseln)?
49. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Gegen wie viele Personen (Angehörige der US-Streitkräfte bzw. mit ihnen Verbündete in der „Koalition der Willigen“) wurden in Deutschland Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Begehung von Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg eingeleitet (bitte mit Staatsangehörigkeit angeben) vor dem Hintergrund des 20. Jahrestages des völkerrechtswidrigen Angriffs der USA gegen den Irak im Jahr 2003 (https://zeit-schrift-vereinte-nationen.de/publications/PDFs/Zeitschrift_VN/VN_2003/Heft_2_2003/01_Beitrag_Tomuschat_VN_2-03.pdf), in dem die Zahl der Todesopfer nach damals drei Jahren Krieg im Irak auf etwa 655.000 und höher geschätzt wurde (www.ipnw.de/frieden/konflikte-kriege/body-content/artikel/de/opferzahlen-des-krieges-gegen-de.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

50. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2024, 2025 sowie 2026 (bitte separate Auskunft zu jedem Jahr geben) auf Grundlage der aktuellen Haushaltsplanung – also auf Grundlage des geltenden Finanzplans, der bis einschließlich 2026 einen jährlichen Plafond des Einzelplans 14 von 50,1 Mrd. Euro vorsieht, sowie mit Blick auf die inzwischen erfolgte Operationalisierung des Sondervermögens Bundeswehr gemäß dem heutigen Planungsstand – das 2-Prozent-Ziel – also die Aufwendung von 2 Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung – erreichen unter der Annahme, dass dazu Verteidigungsausgaben im Einzelplan 14 sowie im Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von rund 73,408 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden müssten (das heißt auf Basis der BIP-Prognose vom Januar 2023 und der für das Jahr 2023 vorgesehenen und als Annahme für die Jahre 2024, 2025 und 2026 fortgeschriebenen anrechenbaren Verteidigungsausgaben anderer Einzelpläne in Höhe von 8,457 Mrd. Euro)?
51. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Wie teilt sich die Summe von 10 Mrd. Euro, die offenbar seitens des Bundesministers der Verteidigung im Rahmen des Eckwertebeschlusses für den Bundeshaushalt 2024 zusätzlich zum aktuellen Plafond des Einzelplans 14 gefordert wird (www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehrboris-pistorius-will-zehn-milliarden-pro-jahr-mehr-a-5bda9278-ff2d-4fdc-81be-95e5c8533659), in die Bereiche Personalausgaben (inklusive Versorgungsausgaben), Ausgaben für Materialerhaltung, sonstige Betriebsausgaben (inklusive Betreiberverträge), rüstungsinvestive Ausgaben sowie weitere investive Ausgaben auf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

52. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, ob durch das Verwenden von Insekten in Nahrungsmitteln Allergien oder sonstige Krankheiten für Kinder oder Erwachsene bzw. alte Menschen hervorgerufen werden?

